

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt

am 18.05.2011

im Ratssaal

Anwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Stefan Pietzner	CDU	
Ratsherr Ingo Diller	SPD	
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	
Ratsherr Stefan Hoffmann	SPD	ab 17:03 Uhr
Herr Gesa Lang	Bündnis	Vertreter für Ratsfrau Kirsten Peterreit
90/Die Grünen		
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs	CDU	
Ratsherr Jürgen Sager	CDU	bis 18:28 Uhr
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers	DIE LINKE	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Ratsherr Rüdiger Wilde	CDU	
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	
Herr Jürgen Appelt	Bündnis	
90/Die Grünen		
Herr Guntram Behle	Lüdenscheider	
Liste		
Herr Harald Metzger	SPD	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Barbara Tümsmeyer	Liste der SPD
------------------------	---------------

Gäste:

Frau Trimpop	Büro Mickeley Trimpop Trompetter
Herr Schmidt	Büro Mickeley Trimpop Trompetter
Herr Schmidt	Geschäftsführer des Märkischen Zeitungsverlages
Frau Gröper	Leiterin der Bauabteilung des evangelischen Pertheswerkes
Herr Winter	Projektsteuerer der Bauabteilung des evangelischen Pertheswerkes
Herr Klotz sen.	Architekturbüro Klotz

Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas
Herr Martin Bärwolf
Herr Hans-Jürgen Badziura
Herr Lars Bursian
Herr Hans Hutya

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Kirsten Petereit	Bündnis
90/Die Grünen	

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Ein Anwohner des Wislader Weges fragt an, was genau und wie groß im Bereich der Wislade gebaut werden solle. Darüber hinaus fragt er, ob die für ihn ersichtlichen Sonderrechte nicht nur für die Wislade sondern auch für die Anwohner des Wislader Weges gelten würden.

Herr Bärwolf nimmt eine **Beantwortung unter TOP 2** „Bebauungsplan Nr. 825 „Wislade“; Aufstellungsbeschluss – 133. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich; Einleitungsbeschluss, Vorlage: 070/2011“ vor.

2. Bebauungsplan Nr. 825 "Wislade"; Aufstellungsbeschluss 133. Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich; Einleitungsbeschluss Vorlage: 070/2011

In Beantwortung der Anfrage eines Anwohners des Wislader Weges erläutert Herr Bärwolf, dass hier für den Bereich der Wislade keine Sonderrechte geschaffen würden. Das Plangebiet sei derzeit auf die Wislade samt Verlauf des Wislader Weges begrenzt. Die angrenzenden Wohnhäuser seien nicht betroffen. Im Verfahren werde es eine frühzeitige Bürgerbeteiligung mit einer Bürgeranhörung geben, in denen die Anwohner Wünsche, Anregungen, Bedenken und Kritik äußern könnten. Diese würden dann durch die Verwaltung geprüft und abgewogen. Jetzt werde lediglich der Startschuss für das Verwaltungsverfahren gegeben. Eine evtl. Erweiterung des Plangebietes könne im Verfahren bis zum Planentwurf erfolgen. Dafür sei es nicht nötig, die Beschlussvorlage jetzt zurückzuziehen. Die FCJG sei Planbegünstigte und müsse daher die Ausbaurkosten für die Straße tragen. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Pietzner ergänzt Herr Bursian, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung ca. im Herbst 2011 geplant sei.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

I

Gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 619) soll der Bebauungsplan Nr. 825 „Wislade“ für das nachstehend abgebildete Plangebiet aufgestellt werden.

II

Gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 des Baugesetzbuches (BauGB) soll die 133. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich dieses Bebauungsplanes eingeleitet werden.

III

Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne des Ratsbeschlusses vom 28.04.1980 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	3

3. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

3.1. Abbruch und Neubau des Redaktionsgebäudes der Lüdenscheider Nachrichten, Schillerstraße; hier: Vorstellung des Bauvorhabens durch das Architekturbüro

Vorsitzender Pietzner begrüßt Frau Trimpop und Herrn Schmidt vom Büro Mickeley Trimpop Trompetter als zuständige Architekten und Herrn Schmidt als Geschäftsführer des Märkischen Zeitungsverlages.

Herr Schmidt trägt zunächst die Beweggründe für die Errichtung eines Neubaus des Verlagsgebäudes der Lüdenscheider Nachrichten vor. Anschließend stellt Frau Trimpop anhand der in der **Anlage** beigefügten PowerPoint-Präsentation das Bauvorhaben vor. Zum Bauzeitenplan führt sie aus, dass mit dem Abriss ca. Anfang 2012 begonnen werden solle. Danach werde zunächst die Tiefgarage ausgehoben und fertig gestellt, damit mit dem Hochbau begonnen werden könne. Es sei geplant, ca. Mitte 2013 bezugsfertige Gebäude hergestellt zu haben. Die Gespräche mit der Verwaltung bezüglich der Abwicklung der Baustelle würden nun kurzfristig geführt. Eine Informationsveranstaltung für die Anwohner werde ebenfalls kurzfristig terminiert.

Vorsitzender Pietzner bedankt sich für die Ausführungen. Er regt an, möglichst beide geplanten Gebäude gleichzeitig zu bauen, um auch die Belastungen der Anwohner möglichst gering zu halten.

Frau Trimpop führt aus, dass es wünschenswert sei, beide Riegel gleichzeitig zu bauen. Eine entsprechende Regelung werde der zu schließende städtebauliche Vertrag enthalten. Auf Nachfrage von Ratsherrn Fröhling sagt sie zu, dass die Tiefgarage zunächst komplett fertig gestellt werde, unabhängig davon, ob ein Baukörper später errichtet werde. Auf Nachfrage von Ratsherrn Hoffmann führt sie aus, dass es grundsätzlich möglich sei, auf den Dächern Solarzellen anzubringen. Allerdings sei hier das Konzept noch nicht abschließend besprochen. Weiter führt sie auf Nachfrage von Vorsitzendem Pietzner aus, dass die Gestaltung der zweiten Rettungswege über Fluchttreppen noch nicht abschließend festgelegt sei. Die Anregung, hierfür bei Bedarf eine unauffälligere Gestaltung vorzunehmen, nehme sie gerne auf. Auch die Gestaltung der aus der Fassade herausgeschobenen Gebäudeteile sei noch nicht klar. Denkbar sei auch eine andere Variante als die rote Betonfassade.

Abschließend führt Herr Bärwolf aus, dass sich das Bauvorhaben nach § 34 BauGB einfüge und somit eine Bebauungsplanaufstellung nicht erforderlich sei. Die Gespräche zwischen Bauherrn, Architekturbüro und der Verwaltung seien bisher sehr intensiv und konstruktiv gewesen.

Die Ausschussmitglieder begrüßen das Neubauvorhaben und die geplante Abwicklung einstimmig.

3.2. Umbau des Bonhoeffer-Zentrums; hier: Vorstellung des Bauvorhabens durch das Architekturbüro

Vorsitzender Pietzner begrüßt Frau Gröper als Leiterin der Bauabteilung des evangelischen Pertheswerkes, Herrn Winter als Projektsteuerer der Bauabteilung sowie Herrn Klotz sen. als Architekten.

Einleitend führt Frau Gröper aus, dass ein neues gesetzlich vorgeschriebenes Erfordernis an Altenheime gestellt werde. Hiernach sei es erforderlich, bis zum Jahr 2018 mindestens 80 % der Zimmer als Einzelzimmer vorzuhalten. Um diese Quote zu erfüllen, sei der Umbau des Bonhoeffer-Zentrums erforderlich.

Architekt Klotz sen. stellt anhand der in der Anlage beigefügten PowerPoint-Präsentation die geplante Erweiterung vor. Er führt aus, dass eine Verlegung der Feuerwehrezufahrt erforderlich sei. Das zweite Fluchttreppenhaus werde in das Gebäude integriert. Sämtliche neuen Zimmer müssten dem Anspruch der Wohnlichkeit und rollstuhlfahrgerechten Badezimmern gerecht werden. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Pietzner führt Herr Klotz sen. aus, dass Balkone nicht vorgesehen seien, da nachweislich eine Nutzung lediglich in den Gemeinschaftsräumen stattfinde. Diese seien selbstverständlich mit Balkonen ausgestattet. Auf Nachfrage von Ratsherrn Diller führt er weiter aus, dass die Zuwegung durch den bisherigen Eingang erfolge. Die Flucht- und Rettungswege müssten angepasst werden. Der derzeit vorhandene Spielplatz werde von der Baumaßnahme nicht berührt.

Ratsherr Skowasch-Wiers fragt an, wie viele neue Plätze durch die Erweiterung geschaffen würden. Frau Gröper antwortet, dass lediglich die Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Quote an Einzelzimmern erreicht werde. Eine Erhöhung der Patientenzahl werde nicht erreicht.

Abschließend erläutert Herr Klotz sen., dass grundsätzlich Solarzellen angebracht werden könnten. Es sei jedoch hierüber noch nicht abschließend gesprochen und entschieden worden.

Vorsitzender Pietzner bedankt sich für die ausführliche Darstellung.

Die Ausschussmitglieder nehmen zustimmend Kenntnis.

3.3. Neubau des Altenheims an der Annabergstraße

a) Vorstellung des Bauvorhabens durch das Architekturbüro

b) Vorstellung des Verkehrsgutachtens

Vorsitzender Pietzner begrüßt auch zu diesem Bauvorhaben Frau Gröper als Leiterin der Bauabteilung des evangelischen Pertheswerkes, Herrn Winter als Projektsteuerer der Bauabteilung sowie Herrn Klotz sen. als Architekten.

Er bittet Herrn Architekten Klotz sen. um Vorstellung.

Herr Klotz sen. stellt fest, dass es sich bei dem vorgesehenen Neubau des Altenheims an der Annabergstraße um einen Ersatzbau für das Amalie-Sieveking-Haus in der Sedanstraße handele. Er erläutert anhand der in der **Anlage** beigefügten PowerPoint-Präsentation das Bauvorhaben. Er führt aus, dass der Eingang über den Wendehammer erfolge. Hier sei auch eine Cafeteria geplant. Die derzeit noch sehr augenfällige Fluchttreppe werde unauffälliger gestaltet. Durch den Bau von zwei Gebäudeflügeln werde ein Innenhof geschaffen, der sehr geschützt und für die Bewohner nutzbar sei. Auch bei diesem Bauvorhaben stehe der Anspruch an ein wohnliches Ambiente im Mittelpunkt.

Vorsitzender Pietzner betont, dass die durch den Neubau entstehende verkehrliche Situation entscheidend sei. Er bittet daher Herrn Hutya um entsprechende Erläuterung.

Herr Hutya teilt mit, dass der Investor das Büro Brilon Bondzio Weiser aus Bochum beauftragt habe, ein entsprechendes Verkehrsgutachten zu erstellen. Im April 2011 seien die notwendigen Verkehrszählungen durch das Büro durchgeführt worden. Ergebnis sei es, dass sich in Spitzenzeiten das Verkehrsaufkommen von ca. 130 Fahrzeugen auf ca. 160 Fahrzeuge erhöhe. Diese Verkehrsbelastung sei jedoch für eine Wohnstraße unproblematisch. Dies zeige das Ergebnis des Verkehrsgutachtens.

Vorsitzender Pietzner bedankt sich für die Ausführungen.

Ratsherr Lührs äußert große Bedenken, dass der derzeitigen Parksituation geschweige denn der entstehenden Verhältnisse in der Winterzeit tatsächlich Rechnung getragen worden sei.

Herr Bursian führt aus, dass in der stärksten Zeit die Anzahl der MitarbeiterInnen ca. 17 Personen betrage. Lediglich in den Übergabezeiten sei die Anzahl etwas höher. Jedoch müsse bedacht werden, dass nicht jeder Mitarbeiter einen Stellplatz benötige. Darüber hinaus müsse der Bauherr hier baurechtlich lediglich 8 Stellplätze errichten. Tatsächlich würden aber 18 Stellplätze gebaut.

Herr Hutya ergänzt, dass eine verkehrliche Belastung nie nach dem Verkehrsaufkommen in der Winterzeit ermittelt werden könne.

Vorsitzender Pietzner stellt abschließend fest, dass der hier gültige Bebauungsplan lediglich für die Errichtung der Cafeteria geändert werden müsse. Das durch die Verwaltung beauftragte Verkehrsgutachten werde hier nicht in Frage gestellt.

Er bedankt sich für die Vorstellung und wünscht dem Bauvorhaben gutes Gelingen.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

4. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

4.1. Bekanntgaben

4.1.1. Sachstand zur Beteiligung der Stadt Lüdenscheid im Raumordnungsverfahren zu einer Höchstspannungsleitung im Bereich vorhandener Trassenkorridore

Herr Bursian führt aus, dass die Stellungnahme seitens der Stadt Lüdenscheid zwischenzeitlich fertig gestellt sei. Dabei bestehe die Stellungnahme insbesondere aus Hinweisen für die sich anschließende Genehmigungsplanung. So werde darauf hingewiesen, dass der Bereich Timberg als Kuppen- bzw. exponierter Bereich anzusehen und besonders sensibel zu betrachten sei. Der Abstand der Trasse von nur 45 m zur Wohnbebauung im Ortsteil Wettringhof werde insbesondere im Hinblick auf die Erhöhung der Masten als deutlich wahrnehmbare Verschlechterung der optischen Wohnumfeldqualität bewertet. Hier solle versucht werden, bei der später folgenden Standortplanung eine Trassenverschiebung in östlicher Richtung zu erreichen. Es wurde seitens der Stadt Lüdenscheid mehrfach eine dringend kurzfristig erforderliche Kommunikation mit den betroffenen BürgerInnen bezüglich der Zusammenhänge zwischen Trassenkorridor, Masthöhen, Schutzabständen und elektrischen sowie magnetischen Feldern angemahnt. Darüber hinaus müsse die Notwendigkeit der Masterhöhungen im Kontext der Landschaftsprägung und der Wohnumfeldauswirkungen dargestellt werden. Um eine entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung – insbesondere in den Ortsteilen Wettringhof und Brüninghausen – zu erreichen solle eine frühzeitige, öffentliche Informationsveranstaltung möglichst noch vor den Sommerferien erfolgen. Sobald dieser Termin der Verwaltung bekannt sei, werde eine Mitteilung über die örtliche Presse erfolgen.

Herr Badziura regt an, aufgrund der Brisanz des Themas die **diesjährige waldkundliche Begehung** des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt in den Bereich der Trassenführung vorzunehmen. Vorsitzender Pietzner schlägt hierfür die letzte Sitzung vor der Sommerpause, den **13.07.2011**, vor.

Die Ausschussmitglieder nehmen einstimmig zustimmend Kenntnis.

4.2. Beantwortung von Anfragen

4.2.1. Nutzung der Panzerstraße im Stilleking als Parkflächen

Ratsherr Wilde verzichtet auf Vortrag der ihm schriftlich vorliegenden und in der **Anlage** befindlichen Beantwortung seiner Anfrage.

Herr Metzger führt aus, dass er auch verschiedene Gespräche mit den Eigentümern geführt habe. Die Ablehnung der Nutzung sei ihm ebenfalls vorgetragen worden, jedoch teilweise etwas differenzierter.

Auf Einwand von Ratsherrn Wilde führt Herr Badziura aus, dass eine Umsetzung nicht erfolgen könne, solange die Eigentümer ihre Zustimmung ablehnten.

Herr Bärwolf ergänzt, dass die Außenbereichsnutzung sehr eng festgelegt sei. Es seien mehrere Gespräche mit den Eigentümern geführt worden, bisher konnten allerdings keine Lösungen erreicht werden.

4.2.2. Sachstandsbericht zum Gesprächsergebnis zwischen der Verwaltung und Frau Dr. Schuchardt zwecks Standortfindung für Taubenhäuser

Herr Bursian verliest seinen in der **Anlage** beigefügten schriftlichen Sachstandsbericht.

Bürgermeister Dzewas ergänzt, dass bisher keine Tauben aus dem Innenstadtbereich gelockt werden konnten. Vielmehr gebe es jetzt Schwärme im Bereich Knapperstraße/Christuskirche, so dass er die Standortverlagerung des mobilen Taubenhauses vom Eselsrücken zur Christuskirche als sinnvoll erachte. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass aufgrund des hohen Taubenaufkommens mittlerweile sogar das Tierheim Dornbusch ein großes Taubenhaus auf ihrem Gelände errichtet habe.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

4.3. Anfragen

4.3.1. Baumfällungen neben der ehemaligen Panzerwaschanlage in Richtung Naturschutzgebiet

Ratsherr Wilde führt aus, dass ihm aufgefallen sei, dass neben der ehemaligen Panzerwaschanlage auf einer freien Fläche radikal Bäume bis zu ca. 20 – 30 m in den Naturschutzbereich hinein gefällt worden seien. Darüber hinaus habe eine Fräse bis ca. 50 – 70 m hinter das Naturschutzschild mit Gehäckseltem einen Fahrweg geschaffen. Er fragt an, warum die Fällungen solche Ausmaße hätten und wofür das Holz genutzt werde.

Vorsitzender Pietzner antwortet, dass bereits vor einiger Zeit im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt bekannt gegeben worden sei, dass in diesem Bereich Baumfällungen vorgenommen würden. Das Holz sei für den Verkauf im Naturschutzzentrum vorgesehen.

Ratsherr Wilde merkt an, dass die Flächenausmaße s.E. für einen Verkauf im Naturschutzzentrum zu groß seien.

Herr Badziura merkt an, dass ihm hierzu derzeit keine weiteren Informationen vorlägen. Er sagt zu, den zuständigen Förster, Herrn Teuber, zu befragen und die Anfrage in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt zu beantworten.

4.3.2. Defekte der Fugen der Rathausbrücke

Vorsitzender Pietzner führt aus, dass die Fugen zwischen den einzelnen Betonelementen der Rathausbrücke in Teilen sehr weit aufgeplatzt seien. Er fragt an, ob nicht eine kurzfristige Reparatur vorgenommen werden müsse, um größere Folgeschäden zu verhindern.

Die Verwaltung sagt Prüfung und Beantwortung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt zu.

gez. Stefan Pietzner

Vorsitzender

gez. Stoltefaut

Schriftführer